



Bezirk
Mitte

Medieninformation

12. November 2018
76/2018

Ab 2019 neue Arbeitszeitmodelle für die Metall- und Elektroindustrie in Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen

Fast 22.000 Beschäftigte wollen mehr arbeitsfreie Tage

Frankfurt am Main. Etwa 22.000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie haben nach einer ersten Übersicht in Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Thüringen für 2019 Anträge auf die tarifvertraglich möglich gewordenen kürzeren Arbeitszeiten gestellt. „Jetzt ist Flexibilität von den Arbeitgebern gefordert. Bislang war Flexibilität in den Betrieben meist eine Einbahnstraße zugunsten der Arbeitgeber, unsere Tarifverträge geben nun den Beschäftigten neue Möglichkeiten an die Hand“, sagt Jörg Köhlinger, Bezirksleiter des IG Metall Bezirks Mitte.

Im Frühjahr 2018 hatte die IG Metall mit neuen Tarifverträgen durchgesetzt, dass Arbeitnehmer in besonderen Belastungssituationen zwischen dem tariflichen Zusatzgeld oder freien Tagen wählen können. Eine Umfrage dazu (die aber noch kein vollständiges Bild zeichnet) ergab: Etwa 21.600 Beschäftigte, die Schicht arbeiten, Kinder betreuen oder Angehörige pflegen, wollen im nächsten Jahr lieber acht zusätzliche freie Tage statt Geld in Anspruch nehmen. „Das zeigt, dass wir mit unseren Tarifverträgen den Nerv der Zeit treffen: Unsere Mitglieder nutzen diese Möglichkeiten“, so Köhlinger weiter.

Laut der Umfrage sind bis zum 31. Oktober 2018 die meisten Anträge in den vier Bundesländern des Bezirks auf acht freie Tage von Schichtarbeitern gestellt worden, nämlich bislang 15.536. Aber auch Beschäftigte, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen, haben entsprechende Anträge gestellt. „Die Belastungen durch Mehrarbeit, Sonderschichten und regelmäßiger Arbeit an Wochenenden und Feiertagen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, das hatte sich 2017 schon in unserer Beschäftigtenbefragung gezeigt. Gerade in unserem Bezirk sind Schichtarbeit sowie Sonn- und Feiertagsarbeit überdurchschnitt-

lich verbreitet. Die sich daraus ergebenden Belastungen waren ein wichtiger Grund für unsere Tarifforderung, für die wir im Januar und Februar 2018 gestritten haben. Die Beschäftigten brauchen dringend Entlastung, allein schon zum Erhalt ihrer Gesundheit“, betont Köhlinger.

Die Ergebnisse der Befragung zeigten auch, dass Erziehende und Pflegende die neuen Möglichkeiten zur Entlastung und besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Leben vielfältig nutzen. „Etwa 5.500 Beschäftigte haben aus diesem Grund entsprechende Anträge gestellt. Wir haben ein mehr an Zeit für Familien erreicht“, sagt Jörg Köhlinger dazu. Die im Tarifvertrag ebenfalls festgeschriebene Möglichkeit, die Arbeitszeit befristet auf bis zu 28 Stunden zu verkürzen, haben nach einer ersten, noch nicht vollständigen Übersicht knapp 1.000 Beschäftigte beantragt.

„Jetzt geht es darum, die Ansprüche der Beschäftigten umzusetzen. Wir erwarten dabei ein konstruktives Verhalten der Arbeitgeber, auch sie müssen ein hohes Interesse an zufriedenen Beschäftigten haben. Zufrieden aber wird niemand sein, dessen Antrag einfach zurückgewiesen wird“, so Köhlinger. Es gebe vielfache Möglichkeiten, die ausfallende Arbeitszeit auszugleichen, erforderlich sei dabei eine vorausschauende Personalplanung.

Im Februar 2018 wurde im Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie die Möglichkeit vereinbart, einen Teil des neuen tariflichen Zusatzgeldes ab 1. Januar 2019 in acht freie Tage umzuwandeln. Dies gilt für Beschäftigte, die Kinder bis acht Jahre erziehen, Angehörige pflegen oder in Schicht arbeiten. Der Tarifvertrag sichert außerdem einen Anspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für bis zu zwei Jahre. Danach haben sie das Recht, zu ihrer ursprünglichen Arbeitszeit zurückzukehren.

**IG Metall-Bezirksleitung Mitte
Pressestelle**

Michael Ebenau
Wilhelm-Leuschner-Str. 93, 60329 Frankfurt
Telefon: (069) 6693 3303
Mobil: (0160) 533 02 67
E-Mail: presse.bezirkmitte@igmetall.de
Internet: www.igmetall-bezirk-mitte.de